

FDP Kreisverband Bonn

Zuständig für Bonn

Wahlprogramm zur Kommunalwahl am 14. September 2025

1 Bonn, die bürgerfreundliche Stadt	3
1.1 Digitalisierung	3
1.2 Städtische Gebäude, Schulen, Sporthallen und Straßen	5
1.3 Bürgerschaft einbinden	6
2 Bonn, die wirtschaftlich aktive Stadt	7
2.1 Rahmenbedingungen	7
2.2 Mobilität	9
2.3 Einkaufsstandort und Gastronomie stärken	12
2.4 Tourismus und Kongresse	14
2.5 Wissenschaft	15
3 Bonn, die lebendige Stadt	17
3.1 Kultur - Bonn als vielfältige Kulturstadt mit Beethoven als Leuchtturm	17
3.2 Sport fördern	20
3.3 Spitzensport in Bonn eine Heimat geben	22
4 Bonn, die lebenswerte Stadt	23
4.1 Natur	23
4.2 Kinderbetreuung konsequent ausbauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern	24
4.3 Integration und Sprachförderung	26
4.4 Kinderschutz und Kinderrechte	27
4.5 OGS	27
4.6 Soziale Teilhabe	28
4.7 Stadtplanung	29
4.8 Wohnen, Wohnraum durchmischen, Wohnungsmarkt bewegen	31
5 Bonn, die verantwortliche Stadt	33
5.1 Umweltschutz und Klimaschutz	33
5.1.1 Grundsätze	34
5.1.2 Energieerzeugung	35
5.2 Finanzen	37
5.3 Sicherheit verstärken, Ordnung, Sauberkeit, Stadt pflegen	38
5.4 Gesundheit	40

Programmatik der Freien Demokraten (FDP) zur Kommunalwahl 2025

Wir sind gemeinsam zuständig für unsere Stadt. Bonn muss wieder die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellen. Die Verschuldung Bonns steigt rasant und schränkt die Handlungsfähigkeit der Stadt immer weiter ein. Die Politik der vergangenen Jahre hat die Gesellschaft gespalten. Das müssen wir ändern und bieten unsere Lösungen an für eine bürgerfreundliche, wirtschaftlich aktive, lebendige, lebenswerte und verantwortliche Stadt, die alle Bürgerinnen und Bürger im Blick hat.

1 Bonn, die bürgerfreundliche Stadt

Wir sind gemeinsam zuständig für eine funktionierende Stadt.

1.1 Digitalisierung

Wir wollen, dass Bonn eine Musterstadt für Digitalisierung, smarte und einfache Bürgerdienste, agile und schlanke Verwaltung sowie IT-Wirtschaft wird.

Die Bonner Stadtverwaltung hat bei der Digitalisierung noch Nachholbedarf. Bonn ist in den letzten Jahren in allen wichtigen Digitalisierungs-Rankings sukzessive abgerutscht. Diese Entwicklung wollen wir umkehren.

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat einen Anspruch auf eine funktionierende Bonner Stadtverwaltung. Wartezeiten von mehreren Monaten auf Termine oder Bearbeitungen sind nicht zumutbar. **Bürgernähe und schnelle Verwaltungsprozesse** im Zeitalter der Digitalisierung sind zwei unserer zentralen Forderungen. Die Digitalisierung bietet hierzu viele Möglichkeiten. Durch sie können wir unserem freiheitlichen Leitbild einer einfachen und jederzeit zugänglichen Verwaltung ein großes Stück näherkommen.

Behördengänge sollen zu einem großen Teil überflüssig werden, bequem von zu Hause aus und abseits von Öffnungszeiten zu jeder Tages- und Nachtzeit erledigt werden können. Informationen sollen leichter und schneller zu Verfügung stehen, der Informationsaustausch soll sich vereinfachen und das Verwaltungshandeln muss transparenter werden.

Wir wollen eine Verwaltung, die nach dem Grundsatz handelt: Einmal abgerufene Informationen soll der Bürger kein zweites Mal angeben müssen. Hierfür muss auch die Vernetzung und Kommunikation innerhalb des Verwaltungsapparates deutlich verbessert werden. Die Verwaltung sollte für die Bürgerinnen und Bürger da sein, nicht umgekehrt.

Die Stadtverwaltung soll dabei Onlinediensten den Vorrang einräumen, die bereits von anderen Gemeinden entwickelt wurden und verfügbar sind. Neuentwicklungen erfolgen gemeinsam mit anderen Verwaltungen. Erfolgt abweichend eine Eigenentwicklung, so bedarf dies der Zustimmung des zuständigen Stadtratsausschusses und muss wirtschaftlicher sein. Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden.

Alle digitalen Angebote, ob sie sich an Bürgerinnen und Bürger wenden oder die innere Digitalisierung vorantreiben, sind so zu entwickeln, dass der Nutzer im Mittelpunkt steht. Bestehende Angebote werden unter diesem Grundsatz weiterentwickelt.

Besonders bei den in der Kritik stehenden **Bürgerdiensten** ist dies offensichtlich, weil hier in den Augen der Bürgerinnen und Bürger das größte Verbesserungspotenzial durch Digitalisierung steckt. Momentan bekommt man einen Termin beim Bürgeramt entweder nur mit großem Vorlauf oder morgens „auf gut Glück“. Das frustriert viele Bonner. Alle Behördengänge und Leistungen sollen daher zukünftig vollkommen digital möglich sein. Die Wartezeit auf Digital- und Präsenztermine bei der Stadtverwaltung soll einen Zeitraum von vier Wochen nicht überschreiten dürfen.

Für uns ist wichtig, dass digitale Angebote auch für ältere Menschen nutzbar sind. Für alle, die die digitale Verwaltung nicht nutzen können oder wollen, brauchen wir Außenstellen in den Stadtbezirken. Diese können auch mobil oder mit eingeschränkten, aber nutzerfreundlichen Öffnungszeiten eingerichtet werden.

Kluge Lösungen wie **Dokumentenabholstationen** tragen ebenfalls zur Vereinfachung bei. Die Digitalisierung der Verwaltung muss Abläufe vereinfachen und beschleunigen, so wie im Onlinezugangsgesetz gefordert. Dabei sollen möglichst leicht verständliche und zu bedienende Benutzeroberflächen geschaffen werden.

Besonders im Hinblick auf die Mitarbeitergewinnung und die Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung ist nach unserer Auffassung eine umfassende Digitalisierung innerhalb der Verwaltung nicht nur geboten, sondern auch zwingend notwendig. Nur so können wir wegfallende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgleichen und die Arbeit wirkungsvoll gestalten.

Verwaltung muss auch organisatorisch stärker von den Antragstellern, von den Bürgerinnen und Bürgern hergedacht werden. Verwaltung ist für sie da, nicht umgekehrt. Der Satz „Dafür bin ich nicht zuständig“ und das übermäßige Einbinden zahlreicher anderer Stellen, um Verantwortung zu vermeiden, müssen der Vergangenheit angehören. In diesem Zuge führt auch kein Weg einer grundsätzlichen **Verwaltungsreform** vorbei. Wir wollen Leistungsanreize setzen und den Mitarbeitenden Freiräume bieten, damit diese ihr maximales Potential entfalten können. Zettelwirtschaft, Mikromanagement und sinnlose Mehrfachaufgaben sollen entfallen. Wir wollen eine Verwaltung, die den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Mitarbeitenden Eigenverantwortung zutraut.

Wir haben wichtige Marktteilnehmer aus den Bereichen Telekommunikation und Cybersicherheit in Bonn ansässig. Dieses enorme Potential wollen wir endlich heben und Bonn zu einem 1A-Standort für Digitalisierung und Cybersicherheit machen. Im Zuge des Strukturwandels in ganz Deutschland bietet sich hier für Bonn die große Chance, sich für die Zukunft zu wappnen und seine Wirtschaft zukunftssicher und innovativ zu gestalten.

1.2 Städtische Gebäude, Schulen, Sporthallen und Straßen

Der Zustand vieler Gebäude im städtischen Eigentum – Schulen, Sporthallen, Kindertagesstätten und andere öffentliche Gebäude – ist katastrophal, beschämend und nicht zuletzt ein Schlag ins Gesicht der Bonner Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir Freie Demokraten drängen darauf, dass das **Städtische Gebäudemanagement** nun endlich mittels eindeutiger Ranglisten und einer Organisationsstruktur, die die Verlässlichkeit der Umsetzung geplanter und in Angriff genommener Bauvorhaben sicherstellt, für Abhilfe sorgt. Dies bedeutet eine genaue und für jeden nachvollziehbare Aufstellung darüber, welche Gebäude wann und in welchem Umfang saniert werden müssen, oder für die stattdessen ein Ersatzneubau wirtschaftlicher ist.

Schulen und **Kitas** haben Vorrang. An erster Stelle stehen dabei die Schulen, deren hervorstechende Mängel bei den Sanitäreinrichtungen und anderen Bereichen umgehend aufgearbeitet werden müssen. Daneben muss das Städtische Gebäudemanagement seine Mitarbeiter so einsetzen, dass eine vorausschauende Instandhaltung Sanierungsfälle verhindert.

Effizientes Bauen durch Nutzung externer Entwickler und Bauträger. Um Kosten und Schnelligkeit der Baumaßnahmen endlich dem anzupassen, was in der Privatwirtschaft möglich ist, muss das

Städtische Gebäudemanagement auf General- oder Total-Unternehmer sowie externe Büros und Dienstleister setzen. Zum Bereich einer angemessenen Kostenreduzierung gehört zusätzlich, sämtliche in Bonn übliche Baustandards auf den Prüfstand zu stellen und an das gesetzlich erforderliche Maß anzupassen.

Preiswertes Bauen durch Vereinheitlichung und Normen-Überprüfung. Im Einzelnen sind künftig folgende Vorgehensweisen zu wählen:

- Einsatz von Modul- und Fertigbau sowie serielle Fertigung. Die Digitalisierung ermöglicht dabei erhebliche gestalterische Möglichkeiten im seriellen Bau bei gleichzeitiger Realisierung erheblicher Kostenvorteile
- Nutzung standardisierte Baupläne
- Attraktive öffentliche Bauten tragen zu einem attraktiven Stadtbild bei. Eine allzu komplexe und komplizierte Formensprache, sowie teure Sonderanfertigungen sind mit Rücksicht auf die Baukosten aber in der Regel zu vermeiden
- Einsatz günstiger Werkstoffe, z.B. durch Holzbauweise, wiederverwendete Bauteile und belastungsgerechte Materialien
- Vorschriften und Normen werden hinsichtlich ihrer weiteren Anwendung hinterfragt, wenn sie über den gesetzlich notwendigen Standard hinausgehen
- Im Bereich von Planungen und Anträgen setzt die Stadt mit Nachdruck den Einsatz digitaler Möglichkeiten in der Bauantragstellung und Genehmigungserteilung um
- Bei der Entscheidung „Neubau oder Sanierung“ sind die Geschwindigkeit der Fertigstellung, die Risiken der Sanierung sowie die Kosten stärker zu berücksichtigen als bisher

1.3 Bürgerschaft einbinden

Wir sind alle zuständig für Bonn. Wir unterstützen daher ausdrücklich, dass sich die Bonner Bürgerinnen und Bürger mehr in die Kommunalpolitik einbringen können. Die Akzeptanz politischer Entscheidungen und das Vertrauen in demokratische Institutionen sind eng mit dem Interesse an Kommunalpolitik und der Transparenz politischer Entscheidungen verknüpft.

Bürgerbeteiligungen müssen ergebnisoffener sein und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger müssen bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Der Prozess muss ehrlich und zügig

sein, was eine situationsgerechte Entscheidung aller Beteiligten sicherstellt. Entscheidungen, die bestimmte Stadtteile oder Quartiere, Personen- oder Nutzergruppen betreffen und die erkennbar zu Kontroversen führen, sollen in einem gemeinsamen interaktiven Prozess mit den Beteiligten vorbereitet werden. In ko-kreativen Formaten mit Bürgerschaft, Gewerbe und Stadt erarbeitete Lösungen und Kompromisse sollen Grundlage für die Entscheidung werden.

Wir fordern die Überarbeitung des Online-Auftritts bonn-macht-mit.de und eine tatsächliche Nutzung des über diese Plattform abgegebenen Meinungsäußerungen aus der Bürgerschaft. Für die Bildung weiterer Gremien für eine Bürgerbeteiligung sehen wir derzeit keinen Bedarf.

Bonn ist eine junge Stadt. Rund ein Sechstel ihrer Bürgerinnen und Bürger sind unter 18 Jahre alt. Wir möchten, dass sie sich an der Weiterentwicklung unserer Stadt beteiligen können. Mit dem **Kinder- und Jugendbeirat** ist ein erster Schritt in mehr Kinder- und Jugendbeteiligung gemacht worden. Wir möchten den Beirat zu einem echten Kinder- und Jugendparlament aus gewählten Vertreterinnen und Vertretern z.B. aus den Vertretungen der Bonner Schulen, weiterentwickeln. Uns ist dabei wichtig, dass sich junge Menschen, bevor sie die Volljährigkeit erreicht haben und ein kommunalpolitisches Mandat ausüben können, am Entscheidungsprozess, besonders in Kinder – und Jugendthemen, beteiligen können. Hierfür sollte dieses Gremium beratend zu allen jugendpolitischen Projekten mitsprechen können.

2 Bonn, die wirtschaftlich aktive Stadt

Wir sind gemeinsam zuständig für unseren wirtschaftlichen Aufschwung.

2.1 Rahmenbedingungen

Die Freien Demokraten fördern aktiv den Standort Bonn. Regionale Unternehmen profitieren von einer schlanken und schlagkräftigen Verwaltung, einem optimalen Flächenmanagement, einer klaren Informationspolitik und Planungssicherheit. Die Stadt Bonn muss sich als **Partnerin der Wirtschaft** verstehen.

Mit Blick auf die begrenzten Gewerbeflächen müssen wir Bonn als Teil einer „**Metropolregion**“ begreifen. Deshalb wollen wir die seit einiger Zeit praktizierte Zusammenarbeit mit den benachbarten Kommunen des umliegenden **Rhein-Sieg-Kreises** zur Bereitstellung von

Gewerbegebieten ausbauen. Gemeinsames Denken und Handeln in unserer Region ist unverzichtbar. Das gilt auch für die Zusammenarbeit mit dem Kreis Ahrweiler.

Insbesondere werden wir uns für die Gründung einer gemeinsamen **Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Region Bonn/Rhein-Sieg** einsetzen. Diese Organisation soll die gemeinsamen Gewerbegebiete weiter erschließen und den Wirtschaftsstandort überregional vermarkten.

Attraktive finanzielle Bedingungen sind wichtig für die dauerhafte Ansiedlung von Unternehmen. Daher setzen wir uns für eine **Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes** der Stadt Bonn ein. Wir wollen Unternehmen motivieren, sich in Bonn niederzulassen, in Bonn Arbeitsplätze zu schaffen und mit ihrer Gewerbesteuer zum Erfolg Bonns beizutragen.

Wirtschaftsförderung muss endlich ihrem Namen gerecht werden. Die Wirtschaftsförderung in Bonn muss ihre Rolle als begleitende Ansprechpartnerin für bestehende oder neu nach Bonn kommende Betriebe stärker wahrnehmen. Für interessierte Betriebe braucht es direkte und leicht zugängliche Ansprechpersonen in der Stadtverwaltung. Potenzielle **Investoren** dürfen auf ihrem Weg durch den „Verwaltungsdschungel“ nicht allein gelassen werden. Ihnen sollte ein „**Lotse**“ für alle Vorgänge innerhalb der Stadtverwaltung zur Seite gestellt werden. Über bestehende Fördermittel oder Initiativen sollte vorab und unaufgefordert informiert werden. Gründungen sollen größtenteils digital ablaufen.

Auch alle anderen städtischen Behörden, wie zum Beispiel die **Baubehörde**, müssen die stärkere Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung als Kernaufgabe verstehen.

Wir setzen uns für eine **mittelstandsfreundlichere Vergabepolitik** der Stadt Bonn ein. Wir werden die Wertgrenzen bei beschränkten Ausschreibungen deutlich erhöhen und die bisher geltende jährliche Befristung aufheben. Wir werden beantragen, dass die Stadt sich aktiv am Projekt „Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“ beteiligt, um die Zusammenarbeit zwischen örtlichen Unternehmen und der Verwaltung zu verbessern.

Junge Menschen verlieren zunehmend das Interesse an einer handwerklichen Ausbildung und den anschließenden Schritt in die Selbstständigkeit. Daher fordern die Freien Demokraten ein **handwerkliches Gründerzentrum**, in dem angehende Handwerkerinnen und Handwerker genügend Platz finden, um ihre Selbstständigkeit aufzubauen.

2.2 Mobilität

Als internationale Stadt muss Bonn auch über ein umfassendes Angebot an **Fernverbindungen** verfügen. Dazu fordern wir regelmäßige und ausreichende ICE-Halte an den Bahnhöfen Bonn Hauptbahnhof und Siegburg/Bonn. Während der Bauarbeiten an der linksrheinischen Bahnstrecke Köln - Koblenz in den nächsten Jahren müssen Bonn und Bad Godesberg mit einem bedarfsgerechten und dichtfrequentierten Schienenersatzverkehr erreichbar bleiben.

Die ICE-Sprinter-Verbindungen zwischen Bonn und Berlin sind darüber hinaus von besonderer Bedeutung für die in Bonn ansässigen Bundesministerien und Bundesbehörden. Die Stadt Bonn muss hier gemeinsam mit dem Bund auf die Deutsche Bahn einwirken, damit diese Verbindungen weiter ausgebaut und beschleunigt werden. Eine internationale Stadt wie Bonn muss erreichbar sein.

Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahre hat die Stadtgesellschaft verändert und teilweise gespalten. Ohne erkennbares Gesamtkonzept wurden Straßen bzw. Straßenspuren für den Autoverkehr gesperrt, Parkplätze gestrichen, Parkgebühren erhöht, Gebühren für Anwohnerparkausweise vervielfacht und Geschwindigkeitsbegrenzungen eingeführt – alles mit dem erklärten Ziel, den Autoverkehr möglichst vollständig aus der Stadt zu verdrängen. Betroffen ist besonders die Bonner Innenstadt. Lange Staus in die Stadt hinein und lange Wartezeiten bei den Ausfahrten aus den Tiefgaragen erschweren zunehmend den Innenstadtbesuch und halten viele Menschen davon ab, nach Bonn zu kommen.

Zur Wahrheit gehört dazu, dass die Verkehrssituation in Bonn durch weiter **steigende Pendlerzahlen** stark belastet ist. Bedingt durch die geographische Lage der Stadt, die klimatische Situation durch den Talkessel, eine Knappheit an Flächen und erhebliche Ströme von Ein-, Aus- und Binnenpendlern sind die Rahmenbedingungen für den Verkehr in Bonn eine Herausforderung. Die Suche nach klugen nachhaltigen Lösungen für die Mobilität ist daher von großer Bedeutung, sofern diese eine entsprechende Kosten-Nutzen-Relation aufweisen. Grundsatz für die Freien Demokraten ist das friedliche Nebeneinander und die Gleichbehandlung aller verschiedenen Verkehrsträger: motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr und Fußgänger etc. Alle in Bonn sollen sich passend zu ihrer Lebenssituation entscheiden können, ob sie ein Verkehrsmittel besitzen oder leihen wollen.

Das Fahrrad wird selbstverständlich von Berufspendlern und in allen Alltagssituationen genutzt. Ausdrücklich unterstützen wir daher auch einen weiteren Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur. Um

das Fahrradfahren als vollwertige und sichere Mobilitätsoption für alle Bonnerinnen und Bonner zu etablieren – auch für längere Distanzen innerhalb der Stadt und aus dem Umland –, ist die zügige Einrichtung eines Netzes von sicheren und vom motorisierten Individualverkehr ausreichend getrennten Fahrradrouten unerlässlich. Die Velorouten als städtisches Konzept wollen wir prüfen. Wir setzen uns für eine verstärkte Nutzung des „Grünen Pfeils“ für Radfahrer im Stadtgebiet ein. Gut ausgebaute Radwege, möglichst in räumlicher Trennung von den wichtigen Autoverkehrsachsen, motivieren zusätzlich Viele, die Schönheit von Stadt und Region mit dem Fahrrad zu erkunden.

Wir fördern die Verknüpfung von verschiedenen Verkehrsträgern, sodass Menschen sich die für sie **sinnvollen und bedarfsgerechten Verkehrsmittel zusammenstellen** können. Die Bedürfnisse von jungen wie von älteren Menschen müssen in neuen Konzepten mitgedacht werden.

Wir sind offen für neue Ideen im Verkehr. Dazu gehören eine Seilbahn zum Venusberg und das autonome Fahren. Wasserbusse als neues Verkehrsmittel auf dem Rhein unterstützen wir. Sie können eine bahnbrechende Veränderung für Pendler und Touristen sein. Eine Pilotstrecke soll den Anfang machen.

Wir brauchen einen leistungsfähigen, erschwinglichen und attraktiven Öffentlichen Personennahverkehr. Er muss so gestärkt werden, dass er die größtmögliche Entlastung zu den üblichen Pendlerverkehrszeiten erbringen kann. Zuverlässige Bahnverbindungen nach Köln und Koblenz sind dabei unumgänglich.

- Die bislang vorliegenden Planungen für einen neuen Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) lehnen wir ab, da sie zu keiner Verbesserung der Aufenthaltsqualität und zu keiner Steigerung der Attraktivität dieses zentralen Eingangstors in die Stadt führen.
- Ein neuer ZOB muss stattdessen die Bedürfnisse der Fahrgäste erfüllen. Das tut die aktuelle Planung nicht, daher setzen wir uns für ein getrenntes Fahrgästedeck ein, das sich über den Bussen befindet und eine sichere Wegeführung gewährleistet. Ein mehrstöckiges Inselgebäude kann Ruheräume, Gastronomie und Wohnen beherbergen. Verbindungswege zur Poppelsdorfer Allee und zum Bahnhof entzerren Angsträume und verkürzen Wege.
- Die Taktung des öffentlichen Personennahverkehrs wollen wir erhöhen und zuverlässiger, sicherer und bequemer zu machen. Dazu wollen wir die regionalen Schienenstrecken und Busverbindungen ausbauen und durch Schnellbuslinien ergänzen.

- Quer durch das Stadtgebiet führende Buslinien wollen wir am ZOB trennen, um Verspätungen zu verringern. Die am ZOB ankommenden Busse sollen künftig nach Bedarf dynamisch der nächsten Linie zugewiesen werden.
- Wir fordern eine Verdichtung und Optimierung des Bonner Nachtbusnetzes.
- Im personellen Bereich soll durch die Einstellung einer ausreichenden Zahl von Springern der Ausfall von Bussen drastisch verringert werden und der Ausfall von mehr als einem Bus einer Buslinie direkt hintereinander künftig vollständig ausgeschlossen werden.
- Die Gewinnung ausreichend vieler motivierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die SWB ist der zentrale Faktor für einen zuverlässigen ÖPNV. Es bedarf hier attraktiver Arbeitsbedingungen, einer kreativen Personalgewinnung und eines klugen betrieblichen Gesundheitsmanagements.
- Zukunftstechnologien, wie zunehmend leistungsstärkere Fahrassistenzsysteme und perspektivisch auch autonom fahrende Busse und Bahnen, bieten auch für Bonn Chancen, die es zu ergreifen gilt.

Wir wollen ein Gesamtkonzept zur Verbesserung der **Erreichbarkeit der Bonner Innenstadt** mit dem Auto erstellen, das Staus möglichst vermeidet. Die Sperrung von Straßen und Straßenspuren wollen wir dort, wo dies unter Berücksichtigung der Belange aller Verkehrsträger Sinn macht, zurücknehmen, um den Zu- und Abfluss in und aus der Innenstadt zu verbessern, was sich ebenfalls auf die Fahrplantage des Busverkehrs auswirkt.

Den Venusberg wollen wir durch den Bau einer **Seilbahn** besser anbinden. Die Seilbahn mit einem Startpunkt auf der gegenüberliegenden Rheinseite wird ein Highlight bieten, auch unter touristischen Gesichtspunkten. Für die Umsteiger in die Seilbahn sind an den Einstiegspunkten ausreichend preiswerte Park & Ride-Plätze zu schaffen.

Die Anbindung des Hardtberg über die **Westbahn** hat für uns hohe Priorität. Die Planungen müssen zügig vorangebracht und in absehbarer Zeit umgesetzt werden.

Für den Autoverkehr brauchen wir eine angemessen ausgebaute Infrastruktur, insbesondere auch für alternative Antriebsformen wie die **E-Mobilität**. Verkehrswege müssen deshalb instandgehalten und, soweit notwendig, ausgebaut werden. Stadtweit muss ein dichtes, durch Anbietervielfalt gekennzeichnetes Netz an Ladepunkten entstehen.

Wir stoppen die planlose Vernichtung von Parkplätzen. Die Innenstadt und die Stadtbezirkszentren Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf müssen weiter gut erreichbar bleiben.

Es muss verhindert werden, dass innovative Mobilitätsalternativen wie Carsharing (z.B. Miles) weiterhin durch zu hohe Regulierungen und Steuern aus Bonn vertrieben werden und den Bonnern solche Angebote vorenthalten bleiben.

Die „**Brötchentaste**“ (kostenfreies Parken für 15 Minuten) und das Parkscheiben-Parken am Samstag in Bad Godesberg, Beuel und Duisdorf wollen wir wieder einführen. Die Gebühren für die Anwohnerparkausweise müssen von derzeit 360 € im Jahr wieder auf ein für jedermann erschwingliches Maß reduziert werden.

Zufußgehen ist eine umweltfreundliche Art der Fortbewegung. Wer zu Fuß geht, schont die Umwelt und fördert seine Gesundheit. Wir wollen daher, dass der Fußverkehr nicht länger als ein Randthema behandelt, sondern von Anfang an in die Verkehrsplanung der Stadt integriert wird. Ziel ist dabei, dass Zufußgehen durch sichere, barrierefreie, rutschsichere, gut beleuchtete und attraktive Wege, die regelmäßig instandgehalten werden, zu fördern. Das gilt auch für Umleitungen und Umwege durch Baustellen.

Wir setzen uns für eine umfassend barrierefreie Gestaltung der Verkehrsinfrastruktur ein. Dies umfasst nicht nur den öffentlichen Personennahverkehr mit stufenlosen Einstiegen und barrierefreien Haltestellen, sondern auch die Gestaltung von Fußwegen und Querungshilfen. Taktile Leitsysteme für sehbehinderte Menschen, abgesenkte Bordsteine und ausreichend breite Gehwege sind ebenso wichtig wie barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen. Bei allen zukünftigen Planungen und Maßnahmen im Bereich Verkehr und Stadtentwicklung werden die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen von Beginn an mitgedacht und berücksichtigt, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe am städtischen Leben zu ermöglichen.

2.3 Einkaufsstandort und Gastronomie stärken

Nur wenn der Einzelhandel in Bezug auf die Möglichkeit zur Ladenöffnung besser als heute gestellt wird, hat er eine Chance, sich gegen die immer stärker wachsende Online-Konkurrenz zu behaupten. Allein mit Appellen, vor Ort einzukaufen, kann dies nicht erreicht werden. Wir setzen uns dafür ein, hier alle Möglichkeiten zur Öffnung zu prüfen.

Straßen- und Promenadenfeste sind eine sehr gute Möglichkeit für kleine und mittlere Geschäfte, sich zu präsentieren. Solche Veranstaltungen unterstützen wir auch weiterhin.

Die FDP steht für eine Nahversorgung mit kurzen Wegen, eine lebendige Innenstadt, einen effizienten Umgang mit knappen Flächen im Stadtgebiet und damit einhergehend eine Reduktion von Flächenverbrauch und Versiegelung.

Mit dem **Bonner Einzelhandels- und Zentrenkonzept** allerdings legt sich die Stadt nicht nachvollziehbare Fesseln für die Ansiedelung und Flächenausweitung des Einzelhandels an. Dabei wird der Wettbewerb, der durch großflächige und leicht erreichbare Einzelhandelsstandorte im Umland (Bornheim, Sankt Augustin, Wachtberg) entstanden ist, vollkommen ausgeblendet. Für die Menschen sind Stadt- und Gemeindegrenzen für die Entscheidung, wo am bequemsten eingekauft werden kann, aber nicht ausschlaggebend. Daher lehnen wir das Bonner Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes ab.

Die Nahversorgung hat sich in Bonn flächendeckend und bedarfsgerecht auch unabhängig von einem übergreifenden Planungskonzept gut ausgebildet. Auch nach Entfallen des Bestandsschutzes muss die Ansiedlung von Nachfolgeunternehmen mit gleichem Sortiment wie das des Vorgängerunternehmens möglich sein und darf nicht plötzlich als „zentrenschädlich“ eingestuft werden. Die Verlagerung beliebter Einzelhandelsangebote in den Rhein-Sieg-Kreis führt zu verlängerten Anfahrtstrecken für Bonner Bürgerinnen und Bürgern und ist damit auch aus Umweltsicht nicht zu rechtfertigen.

Die **Gastronomie** trägt wesentlich zur Attraktivität unserer Stadt bei und zieht viele Besucherinnen und Besucher an. Wir wollen es unseren Wirtinnen und Wirten erleichtern, weiterhin Außengastronomie für die Gäste anzubieten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Gebühren für die Nutzung von öffentlichem Raum für die **Außengastronomie** auf einem für die Gewerbetreibenden erschwinglichen Niveau bleiben. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Gestaltungssatzung zur Gestaltung der Außenplätze innerhalb der Bonner Innenstadt flexibler gehandhabt werden kann. Gewerbe muss in Einzelfällen begründet davon abweichen dürfen, um einen Betrieb optimiert führen zu können. Bürokratischen Anforderungen und Vorgaben für die Gastronomie sind insgesamt zu überprüfen und auf das erforderliche Mindestmaß zu reduzieren.

Wir lehnen die bürokratische und in ihrer Wirkung begrenzte **Verpackungssteuer** in Bonn ab. Stattdessen setzen wir uns entschieden für die Reduktion von Einwegverpackungen und die Erhöhung der Mehrwegquote ein. Um dies zu erreichen, wollen wir in enger Zusammenarbeit mit Bonner Gastronomen und Marktbeschickern unbürokratische und praktikable Lösungen umsetzen. Hierzu prüfen wir auch die Möglichkeit einer kommunalen Förderung der notwendigen Infrastruktur, wie beispielsweise Spülmaschinen oder Logistiklösungen für Mehrweggeschirr.

Des Weiteren setzen wir auf positive Anreize und Informationskampagnen, um die Akzeptanz und Nutzung von Mehrwegangeboten bei Gastronomen, Marktbesckern sowie Bürgerinnen und Bürgern zu erhöhen. Wo Speisen zum Mitnehmen verkauft und verzehrt werden, muss zudem eine ausreichende Anzahl an gut erreichbaren und ausreichend großen Müllbehältern sichergestellt werden.

2.4 Tourismus und Kongresse

Bonn muss sich für Touristen als lebens- und liebenswerte Stadt präsentieren. Bonn hat eine lange touristische Tradition und Geschichte. Bonn ist nicht nur die Geburtsstadt Beethovens. Auch seine landschaftlich einmalige Lage an Rhein und Siebengebirge, seine traditionelle **Kultur**, wie der **Karneval** oder das **Kirschblütenfest**,⁰ sprechen Gäste aus aller Welt an. Hier gehen Kultur und Geschichte Hand in Hand. Die offene Mentalität und die Gastfreundschaft machen Bonn zum idealen Standort international geprägter Unternehmen. Wir wollen diese Stärken unserer Stadt mit allen Bürgerinnen und Bürgern pflegen und fördern.

Anbieter von Schiffsreisen machen derzeit allerdings um Bonn einen Bogen. Es fehlen **Anlegemöglichkeiten für Schiffe**, innenstadtnahe Parkmöglichkeiten für Reisebusse und die Verkehrssituation schreckt ab. Wir setzen uns dafür ein, dass Bonn auch wieder mehr in den Fluss-Schiffahrtstourismus mit eingebunden wird. Hierfür bedarf es einer ausreichenden Landstromversorgung und verbesserten Ausschilderung von den Anlegestellen zu den Sehenswürdigkeiten in der Bonner Innenstadt.

In allen **Stadtbezirken** finden sich Orte, an denen zeitgeschichtlich bedeutsame Ereignisse stattgefunden haben. Dieses Erbe müssen wir bewahren, das Gästeinteresse neu fokussieren und touristisch weiter nutzen.

Wir wollen daneben das touristische Potenzial von Bonn als „**Stadt der Bonner Republik**“ ausbauen. Durch Zusammenarbeit von Museen, Institutionen, Hotels und Restaurants sollen Themenpakete für auswärtige Besucher entstehen.

Dazu sollen auch die bedeutenden touristischen Ziele wie etwa das **Siebengebirge** und die Ahr im Umland besser eingebunden werden.

Die Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusregion zwischen Koblenz und Köln wollen wir international als Beethoven-Valley vermarkten.

Traditionsveranstaltungen wie „**Rhein in Flammen**“ oder **Pützchens Markt** müssen erhalten bleiben und Beibehaltung des Feuerwerks. Hierfür soll die Stadt nach einem Wettbewerbsverfahren langfristige Verträge abschließen. So entsteht Planungssicherheit für alle Beteiligten.

Die **Bundesgartenschau 1979** hat wie keine andere Veranstaltung das Stadtbild von Bonn nachhaltig geprägt und war ein großer Erfolg. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Bonn wieder Gastgeber einer Bundesgartenschau wird.

Nicht nur der Freizeit- sondern auch der Geschäftstourismus hat für Bonn große wirtschaftliche Bedeutung. Mit der Fertigstellung des „**World Conference Center Bonn**“ (WCCB) hat sich Bonn zu einem bedeutenden Standort für internationale Kongresse entwickelt.

Wir werden weiter auf eine zügige Renovierung der **Stadthalle Bad Godesberg** drängen. Die Attraktivität von Bad Godesberg als beliebter Standort für Kongresse, Messen und Veranstaltungen von Vereinen muss erhalten bleiben.

Damit Dax-Unternehmen, Bonner Unternehmen, die Vereinten Nationen sowie Verbände und Organisationen weiterhin ihre Konferenzen in Bonn abhalten, muss das städtische **Kongressmarketing** professionell arbeiten und seine Marketingaktivitäten bündeln. Hotelzimmerkapazitäten müssen verstärkt mit der Organisation des Kongresses verknüpft und vermarktet werden. Die Tourismus- und Congress GmbH wollen wir als zentrales Marketinginstrument der Region Bonn/Rhein-Sieg/Rhein-Ahr auf neue Füße stellen und am Markt neu etablieren. Die Vermarktung von WCCB und Beethovenhalle sollte von dieser Gesellschaft getrennt weiter über die am Markt gut aufgestellte WCCB-Tochtergesellschaft Bonn CC erfolgen.

2.5 Wissenschaft

In der Region Bonn ist eine große Vielzahl von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ansässig, die große Potenziale bieten. Keine Institution prägt das Bonner Stadtbild so sehr wie die **Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität**. Bonn und die Universität sind eng miteinander verbunden. Seit 2019 ist die Universität Bonn eine von elf Exzellenzuniversitäten in Deutschland.

Die Universität Bonn und die anderen nicht-universitären **Forschungseinrichtungen** betreiben nicht nur herausragende Forschung, sondern es entstehen in ihrem Umfeld auch innovative Startups. Wir fordern eine wirtschaftliche Zukunftsoffensive für Bonn. Hochtechnologische **Startups** sollen auch in Bonn bessere Möglichkeiten der Ansiedlung erhalten. Hierfür fordern wir die Schaffung eines **Technologie- und Gründungszentrums** für Zukunftstechnologien. Für die Finanzierung würde sich hier ein Privat-Public-Partnership sehr gut anbieten.

Wir wollen eine **Hochschulansiedlung für IT-Security in Bad Godesberg** wieder oben auf die Agenda setzen. Aus der 2019 zwischen der Stadt und der Hochschule Bonn/Rhein-Sieg unterzeichneten Absichtserklärung muss endlich Realität werden. Mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), dem Cyber Security Cluster Bonn, dem Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr, Forschungsinstituten und IT-Unternehmen ist Bonn schon jetzt einer der führenden Cyber-Security-Standorte in Europa. Wir wollen die infrastrukturellen Voraussetzungen für einen schnellstmöglichen Beginn des Hochschulbetriebs nach der Testphase sowie für studentisches Wohnen und Leben in Bad Godesberg schaffen.

Auch das **Universitätsklinikum** Bonn strahlt mit seinen weltweit anerkannten Spezialisten unterschiedlichster medizinischer Disziplinen und hervorragender Forschung und Lehre weit über die Grenzen Bonns hinaus. Wir setzen uns dafür ein, dass der Venusberg-Campus des Universitätsklinikums auch zukünftig weiter ausgebaut wird und sich exzellente Krankenversorgung, Forschung und Lehre weiter entwickeln können.

Die Kontakte zwischen Stadtverwaltung und politischen Entscheidungsträgern auf der einen und den Bonner Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsverwaltung und Fördereinrichtungen auf der anderen Seite müssen vertieft werden. Wir wollen einen in regelmäßigen Abständen tagenden **Runden Tisch zur Stärkung der Wissenschaftsregion Bonn** initiieren. Vertreterinnen und Vertreter aus Verwaltung, Politik, Wissenschaft und lokaler Wirtschaft aus Bonn, dem Rhein-Sieg-Kreis und dem Kreis Ahrweiler sollen sich so austauschen und vernetzen. Dadurch sollen neue Synergien und Kooperationen zu einer Weiterentwicklung der Wissenschaftsregion geschaffen werden.

Wir stehen zum **Deutschen Museum** am Standort Bonn und setzen uns für eine langfristige und nachhaltige Finanzierung des Museums ein. Das Museum stellt als Museum und Erlebnisort für Künstliche Intelligenz ein wichtiger ausschulischer Lernort zur Förderung der MINT-Bildung für Bonn und die Region dar.

3 Bonn, die lebendige Stadt

Wir sind gemeinsam zuständig, Bonn zu einer lebendigen Stadt für alle zu machen.

3.1 Kultur - Bonn als vielfältige Kulturstadt mit Beethoven als Leuchtturm

Kultur, Veranstaltungen, Vereine und Sport bringen Menschen zusammen und schaffen damit eine starke Gemeinschaft in Bonn. In Zeiten knapper Kassen wollen wir, dass sich Bonn einerseits auf seine bestehenden Stärken konzentriert und andererseits ein vielfältiges Kulturangebot sichert.

Bonn besitzt als Kunst- und Kulturstandort internationale Geltung. Das vielfältige Angebot reicht von der Beethovenstadt über die Rock- & Pop-Stadt bis hin zur Karnevalshochburg. Kunst und Kultur tragen entscheidend zur großen touristischen Anziehungskraft von Bonn bei.

Wir setzen uns ein für eine neue bundesweit greifende Strategie für die Stärkung

- der **Beethovenfestspiele**,
- des **Beethovenhauses** und
- des **Beethoven Orchesters** Bonn als Spitzenorchester entwickelt werden.

Die internationale Sichtbarkeit von **Beethoven** und das Gedenken an ihn muss weiterhin an die Stadt Bonn geknüpft bleiben.

Wir verstehen die Beethovenstadt Bonn auch als eine Brücke, um die kulturelle Vielfalt aller Kunstsparten in Bonn zu entdecken und die Wahrnehmung als Kulturstadt Bonn insgesamt zu stärken. Eine starke Kulturstadt Bonn und die Beethovenstadt Bonn gehen Hand in Hand.

Theater, Schauspiel und Beethoven-Orchester sind unverzichtbare Teile des Kulturstandorts Bonn und haben die internationale Reputation der Stadt über Jahrzehnte aufgebaut. Sie sind Teil eines Angebots, das Bonn als Stadt der Vereinten Nationen (UN) von internationalem Rang bereitstellt, um als attraktiver Wohnort mit höchster Lebensqualität zu bestehen.

Diese kulturelle Infrastruktur, die von internationalen Konzernen und Organisationen zur Bindung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erwartet wird, ist aber auch für den Wirtschaftsstandort Bonn von Bedeutung.

Die **Bonner Oper** ist ein wichtiger Akteur in der Bonner Kulturlandschaft. Wir setzen uns dafür ein, die Verfahren zur Sanierung oder zum Neubau effizient zu gestalten und Kosteneinsparungen zu prüfen, ohne die Qualität zu beeinträchtigen. Auch das **Schauspielhaus in Bad Godesberg** soll als wichtiger Kulturbaustein erhalten bleiben.

Freiluftveranstaltungen und die Pflege von Brauchtum tragen maßgeblich zur Lebensqualität und kulturellen Vielfalt in Bonn bei. Die Bonner Rheinaue ist ein idealer Standort für Konzerte und Festivals, die bereits in der Vergangenheit zahlreiche Besucher nach Bonn und in die Region gelockt haben. Unter Einhaltung des Naturschutzes setzen wir uns dafür ein, dass solche Veranstaltungen auch künftig möglich sind und weiter ausgebaut werden. Dabei dürfen beliebte Events nicht durch Einzelbeschwerden von Anwohnern oder überzogene Umweltrichtlinien gefährdet werden.

Im Rahmen einer „**Stärkungsinitiative Kulturträger Bonn**“ soll geprüft werden, wie bewährte Kulturprojekte wie die „**Rheinkultur**“ oder der „**Bonner Sommer**“ wiederaufgenommen werden können. Besonders dann, wenn sie privat organisiert und durch öffentliche Mittel, etwa über die Initiative "Musik des Bundes", gefördert werden können.

Auch die Ausrichtung von Pop-Veranstaltungen in Bonn muss unterstützt werden. Der Erhalt des **Kunst!rasen** Bonn ist für uns dabei von zentraler Bedeutung.

Als Universitätsstadt braucht Bonn ein lebendiges **Nachtleben**. Wir setzen uns daher für eine attraktivere Kneipen- und Clublandschaft ein, die das urbane Leben bereichert und die Stadt auch für junge Menschen interessanter macht.

Die Freien Demokraten wollen ihren erfolgreichen Einsatz für das Kultur- und Bildungsangebot von Kindern und Jugendlichen fortführen. Insbesondere werden wir uns für eine weiterhin verlässliche Förderung der **freien Jugendtheater** einsetzen, wie zum Beispiel der Brotfabrik und des **Jungen Theaters Bonn**, das als eines der erfolgreichsten deutschen Kinder- und Jugendtheater gilt. Durch strukturelle Stärkung und bessere Rahmenbedingungen wollen wir für eine sichere Zukunft sorgen.

Die **freie Kunst- und Kulturszene** ist ein weiteres Zugpferd in Bonn. Hier stehen wir für die Freiheit der Kultur, deren Förderung durch die Stadt Bonn frei sein muss von inhaltlichen Vorgaben.

Wir fördern auch barrierefreie und **inklusive Angebote** der Kultur.

Kultur ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und fördert den Zusammenhalt – sie ist ein entscheidender Faktor für die Integration. **Kulturelle Bildung** eröffnet neue Perspektiven und ist der Schlüssel zu individueller Freiheit und Identitätsentwicklung. Deshalb müssen Bildung und Kultur gemeinsam gedacht werden.

Wir wollen die Kooperation zwischen Kultureinrichtungen, Kitas und Schulen gezielt stärken und Kinder frühzeitig für Kultur begeistern. Der verpflichtende Offene Ganzttag ab 2026 bietet hierfür ein großer Chancenraum zur Talententwicklung – insbesondere für Kinder aus bildungsfernen oder einkommensschwachen Familien.

Unser Ziel: Jedes Kind soll die Möglichkeit haben, ein **Instrument** zu lernen und an der **musikalischen Früherziehung** teilzunehmen. Den Unterrichtsausfall an den städtischen Musikschulen wollen wir angehen.

Unsere Bundesstadt zeichnet sich durch eine vielfältige **Museenlandschaft** aus, die wir stärken möchten. Insbesondere das **August-Macke-Haus** als einstiges Wohn- und Atelierhaus des weltbekannten expressionistischen Malers ist uns ein besonderes Anliegen, für das wir uns weiter einsetzen möchten.

Stadtgeschichte soll gelebte Stadtentwicklung sein. Als Freie Demokraten machen wir uns dafür stark, dass das Bonner **Stadtmuseum** erhalten bleibt und einen geeigneten Ort bekommt, der den Anforderungen eines modernen Stadtmuseums gerecht wird. Mit über 10.000 Exponaten bietet das Museum eine einzigartige Sammlung, die durch interaktive Ausstellungsformate ergänzt werden soll. Das Stadtmuseum soll ein lebendiger Ort der Begegnung und des Austauschs für die Bonner Bürgerinnen und Bürger sein und die Stadtgeschichte bis heute mit der Stadtgesellschaft verzahnen. Deshalb muss so schnell wie möglich ein geeigneter Ort für den künftigen Standort des Stadtmuseums gefunden und festgelegt werden und die Planungen für dessen bauliche Fertigstellung spätestens in den nächsten drei Jahren beginnen.

Ein unverzichtbarer Ort des Erinnerns und Mahnens ist die **Gedenkstätte und NS-Dokumentationszentrum Bonn**. Sie dokumentiert die Verfolgung und Ermordung der Bonner Opfer des Nationalsozialismus und macht die Willkür des Dritten Reiches in ihrem alltäglichen Schrecken sichtbar. Es ist von größter Bedeutung, diesen Gedenkort würdig zu erhalten.

Bibliotheken sind wichtige Kultur- und Bildungsorte, die im gesamten Stadtgebiet erhalten bleiben müssen. Wir fordern eine Stärkung des Online-Angebots durch mehr ausleihbare eBooks. Als „Orte des Wortes“ leisten Stadtbüchereien einen wichtigen Beitrag zur Sprachförderung. Deshalb setzen wir uns für zusätzliche **Lese- und Vorleseangebote** für alle Altersgruppen ein. Zudem sollen Bibliotheken stärker als Lern- und Begegnungsräume genutzt werden, die zum Arbeiten, Lernen und Austauschen einladen. Zur Stärkung der Wahrnehmung des Angebotes braucht es mehr Öffentlichkeitsarbeit und Präsenz in der Stadtgesellschaft.

Wir setzen uns für eine gezielte Werbung der Bonner Kunst- und Kulturangebote ein. In eine touristische Strategie eingebunden, die von Koblenz bis Köln reicht, muss Bonn als attraktiver Kulturstandort noch stärker sichtbar werden. Damit das langfristig gelingen kann, setzen wir uns für eine ausgewogenen kommunale und private Finanzierung ein.

3.2 Sport fördern

Sport fördert nicht nur die gesunde körperliche Entwicklung, sondern auch die Leistungsbereitschaft und das soziale Verhalten. Fast **400 Turn- und Sportvereine sowie Betriebssportgemeinschaften**, in denen mehr als 85.000 Bonnerinnen und Bonner organisiert sind, belegen eindrucksvoll die Bedeutung des Sports im öffentlichen Leben.

Jedes Kind soll schwimmen lernen. Das **Schulschwimmen** ist besonders bedeutsam, weil die Schwimmfähigkeit lebensrettend sein kann. Daher setzen wir uns dafür ein, dass dem Schulschwimmen – zusammen mit dem Vereinssport – Vorrang bei der Bahnbelegung in unseren Schwimmbädern gegeben wird. Ziel des Schwimmunterrichts ist, dass jedes Kind Freischwimmer wird. Das ist allerdings nur möglich, wenn Bonn endlich wieder Schwimmbäder öffnet.

Die FDP setzt sich seit langem für eine attraktive **Bonner Bäderlandschaft** ein. Leider sind die Bemühungen, in Bonn ein modernes Familienbad zu errichten, gescheitert. Die Freibadlandschaft ist ein besonderer Schatz Bonns, der erhalten bleiben muss. In warmen Sommermonaten erfreuen sich unsere Freibäder einer hohen Beliebtheit und bieten ein „Urlaubsfeeling“ auch für Menschen,

die nicht verreisen. Die Sanierung der Hallenbäder wollen wir in den kommenden Jahren viel konsequenter angehen, als die bisherige Ratsmehrheit dies getan hat.

- Am **Römerbad** wollen wir ein Kombibad, das besonders auch für Familien geeignet ist, errichten und dafür das marode, unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sanierungsfähige Frankenbad schließen.
- Wir unterstützen die Planung, auch das **Ennertbad** zu einem Kombibad für den rechtsrheinischen Teil der Stadt auszubauen.
- Die beschlossene Sanierung des **Kurfürstenbades** in Bad Godesberg muss jetzt mit Entschlossenheit auf den Weg umgesetzt werden.
- Wir setzen uns für eine Wiedereröffnung des **Melbbades** zum schnellstmöglichen Zeitpunkt ein. Alle sonstigen Freibäder müssen erhalten bleiben, deren Öffnungszeiten müssen sich flexibel nach der Dauer der warmen Tage richten, auch im September müssen die Freibäder bei entsprechendem Wetter noch geöffnet sein.

Der **organisierte Sport** leistet einen großen Beitrag zu wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben wie Gesundheit, Gemeinschaftsbildung, Integration und Inklusion. Die Bonner **Sportanlagen müssen barrierefrei** gestaltet werden, damit alle Gesellschaftsgruppen Zugang zu sportlichen Aktivitäten haben.

Die **Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler** tragen einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren des organisierten Sports in Bonn. Ihr Engagement verdient nicht nur Anerkennung, sondern auch verlässliche strukturelle Unterstützung.

Die Sporthallen wurden vernachlässigt. Kinder müssen nun weite Wege zum Training auf sich nehmen, weil Sporthallen geschlossen wurden. Hier fordern wir eine neue Priorisierung. Wir fordern eine jährliche **Begehung aller Sportstätten** durch das Städtische Gebäudemanagement zusammen mit dem Schulamt und der Schulkonferenz. So können der Bestand geprüft und Verbesserungsmaßnahmen schnell angestoßen werden.

Ein wichtiger Baustein zur Weiterentwicklung des Sports in Bonn ist die Umsetzung des **Sportentwicklungsplans**. Viele Bonner Sporthallen und Sportanlagen benötigen dringend eine Sanierung. Teilweise sind auch Neubauten notwendig. Während notwendiger Sanierungs- oder Neubaumaßnahmen ist sicherzustellen, dass geeignete Ausweichmöglichkeiten zur Verfügung stehen, um den Schul- und Freizeitsport ohne Einschränkungen aufrechterhalten zu können.

Hierbei wollen wir als Freie Demokraten auch für die Möglichkeit offen sein, intensiver mit Generalunternehmern zusammenzuarbeiten, um den Sanierungsstau zügiger abzuarbeiten.

Bonner Sportvereine identifizieren sich stark mit ihren Sportstätten. Daher möchten wir mehr **Verantwortung für die Sportstätten** auf die Vereine und die dort Sport treibenden Vereinsmitglieder übertragen. Das bereits bestehende Pilotprojekt für die Pflege der Kunstrasenplätze zeigt gute Ergebnisse und soll zum Vorbild für weitere Modellversuche in anderen Sportstätten werden.

Die FDP begrüßt darüber hinaus ausdrücklich die Fortsetzung des Pilotprojekts zur **Einzäunung von Sportplätzen**, das als Reaktion auf wiederholte Sachbeschädigungen und Vandalismus initiiert wurde. Dabei bleibt die allgemeine Nutzung der Anlagen gewährleistet – sie sind lediglich ab 22:00 Uhr nicht mehr zugänglich, um Schäden in den Nachtstunden zu vermeiden.

Eine engere Zusammenarbeit des **Stadt sportbunds** mit dem Sportamt der Stadt Bonn ist unabdingbar. In einem „Haus des Sports“ sollen der Stadt sportbund Bonn (SSB Bonn) und das Sportamt gemeinsam untergebracht werden, um im engen Austausch den Sport in Bonn nachhaltig weiterzuentwickeln. Das Sportamt wird die Querschnittsfunktion wahrnehmen, den Sport auch in anderen Ämtern wie dem Schul-, Grünflächen- oder Sozialamt zu verankern.

Wir möchten die Entwicklung von Vereinen und Spielstätten für E-Sports in Bonn unterstützen.

3.3 Spitzensport in Bonn eine Heimat geben

Seit jeher ist der **Sportpark Nord** die wichtigste Sportstätte des Spitzensports in Bonn. Er soll auch weiterhin die Funktion eines „Leuchtturms“ behalten und weiter ausgebaut werden.

Im südlichen Bonn wollen wir den **Sportpark Pennenfeld** als zentrale Sportstätte für viele Sportarten noch deutlicher aufwerten, als bisher geschehen. Die Sanierungs- und Baumaßnahmen an der **Pennenfeldhalle** müssen zügig und effizient umgesetzt werden. Die Halle wird nicht nur von zahlreichen Vereinen genutzt, sondern ist auch für den Schulsport von zentraler Bedeutung.

Die FDP setzt sich daher für praxisnahe Übergangslösungen ein, die für Eltern, Kinder sowie Schülerinnen und Schüler keine zusätzlichen Belastungen mit sich bringen.

4 Bonn, die lebenswerte Stadt

Wir sind gemeinsam zuständig, damit sich alle Menschen in Bonn wohlfühlen.

4.1 Natur

Bonn birgt eine Vielzahl unterschiedlicher Landschaftselemente und besitzt eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt.

Die **Rheinaue, der Ennert und der Kottenforst** sind gute Beispiele dafür, dass Bonn eine grüne Stadt ist, die bereits mit dem Label "StadtGrün naturnah" ausgezeichnet wurde. Pflanzen in der Stadt speichern nicht nur zuverlässig Treibhausgase, sondern machen unsere Stadt auch lebenswerter. Sie kühlen die Umgebung ab, verbessern die Luftqualität und verschönern das Stadtbild.

- Wir setzen uns deshalb – im Falle von privaten Bauvorhaben auf freiwilliger Basis – für die **Begrünung von Fassaden und Dächern** ein. Begrünungen dienen als natürliche Filter zum Beispiel an stark frequentierten Hauptstraßen. Sie lockern nicht nur das Stadtbild auf, sondern leisten auch einen wertvollen Beitrag zur Verminderung der Schadstoff- und Feinstaubbelastung.
- Wir fordern auch, dass **private Grünflächen in die Berechnung einer „grünen Stadt“** einfließen.
- **Bäume** haben eine immense klimatisch positive Funktion. Das Bonner Stadtbild ist bereits durch eine hohe Baumdichte geprägt, die erhalten bleiben muss. Wir Freie Demokraten wollen den Erhalt und Schutz von Bäumen in Bonn weiterhin mit einer Baumsatzung sicherstellen. Die Fällung von Bäumen soll ab einem bestimmten Umfang genehmigungspflichtig und mit der Auflage von angemessenen Ersatzpflanzungen verbunden bleiben.

Zur Erhaltung von Natur und Landschaft und zur Wahrung von Erholungsräumen sprechen wir uns gegen weitere Eingriffe in **Natur- und Landschaftsschutzgebiete** aus. Aus unserer Sicht liegen hier die Grenzen des Wachstums bebaubarer Flächen im Bonner Stadtgebiet.

Bonn ist als UN- und Bundesstadt der ideale Ort, um hier ein zweites Mal die **Bundesgartenschau** auszurichten. Die Bundesgartenschau könnte als thematischen Schwerpunkt zeigen, wie wir in Zukunft wohnen wollen und wie städtische Infrastruktur im Einklang mit Natur- und Umweltschutz

gelingen kann. Die Gestaltung der Rheinaue für die Bundesgartenschau 1979 hat die Stadt nachhaltig positiv geprägt. Wir fordern deshalb eine erneute Bewerbung.

4.2 Kinderbetreuung konsequent ausbauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern

Gute und **bedarfsgerechte Kinderbetreuung** ist nicht nur ein wichtiger Baustein für die soziale Entwicklung von Kindern, sondern auch ein entscheidender Faktor eine möglichst reibungslose **Vereinbarkeit von Familienleben und Berufstätigkeit** der Eltern. Immer noch wird es auch in Bonn Eltern, insbesondere auch Frauen, erschwert, nach der Geburt eines Kindes die Berufstätigkeit zeitnah und im gewünschten Umfang wieder aufzunehmen. Für uns ist wichtig, dass jeder Mensch und jede Familie die Freiräume erhalten, um **ihren eigenen Lebensentwurf verwirklichen** zu können.

Eine **zuverlässige Kinderbetreuung** ist dabei eine der wesentlichen Grundlagen, um wieder eine Berufstätigkeit aufnehmen zu können. Investitionen in **Kitas** und Unterstützung von **Tageseltern** sind daher auch Investitionen in den Wirtschaftsstandort.

- Für uns gilt der Grundsatz: Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz benötigt, soll ihn bekommen. Das Angebot an Kitaplätzen ist den letzten Jahren zwar weiter ausgebaut worden, genügt dem Bedarf der wachsenden Stadt allerdings noch nicht. Dünne Personaldecken, gerade auch bei städtischen Einrichtungen, führen zu vorübergehenden, meist nur kurzfristig angekündigten Schließungen einzelner Gruppen oder Verkürzungen der Betreuungszeiten. Diesen Zustand wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir wollen einen „**Personalpuffer**“ in Form von Springerkräften schaffen, um kurzzeitige Engpässe aufzufangen.
- Die regelmäßig angebotenen **Betreuungszeiten** genügen häufig den Erfordernissen einer Berufstätigkeit in Vollzeit nicht. Die Entscheidung für oder gegen eine Vollzeittätigkeit soll aber nicht allein durch das zur Verfügung stehende Betreuungsangebot bestimmt werden, wie dies heute leider allzu oft noch der Fall ist. Daher wollen wir bedarfsgerecht auch die Betreuungsmöglichkeiten in Tagesrandzeiten (vor 8 und nach 16 Uhr) ausbauen.
- Wir wollen zudem den Ausbau einiger weniger ausgewählter Kindertagesstätten zu 24-Stunden-KiTaS prüfen, welche rund um die Uhr geöffnet wären und somit dem veränderten Betreuungsbedarf von jungen Eltern in der modernen Arbeitswelt, insbesondere auch in systemrelevanten Berufen mit nächtlichen Arbeitszeiten, gerecht werden würden.

- Um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz zu erfüllen, setzen wir auf die **Gleichberechtigung von Kindertagesstätten und Tagespflege**. Eine gesicherte Kinderbetreuung unterstützt berufstätige Eltern, **sanierte sowie gutausgestattete Kitas und Schulen**, genügend zu Fuß erreichbare **Spielplätze** und **öffentliches Grün** sowie eine gute **Wohnungsversorgung** tragen zum entspannten konfliktfreien Miteinander bei.
- Die Belastung der Eltern mit Beiträgen für die Kinderbetreuung soll sich weiterhin nach der individuellen **Leistungsfähigkeit** richten. Wir wollen die Satzung über die Beitragssätze für die Kinderbetreuung überarbeiten und gerechter ausgestalten. Dabei ist es denkbar, die Übergänge zwischen einzelnen Beitragsstufen fließend zu gestalten. Einmalzahlungen, wie **Inflationsausgleichszahlungen oder Leistungsprämien**, sollen unter bestimmten Voraussetzungen nicht als Einkommen im Sinne der Satzung gewertet werden.
- Die **unterschiedlichen Betreuungsmodelle sollen grundsätzlich gleichgestellt** werden. Eltern mit Kindern über drei Jahren dürfen keine höheren Beiträge für die Betreuung in der Tagespflege als in einer Kindertagesstätte zahlen.
- Unser erklärtes Ziel ist, dass **jedes Kind im Vorschulalter einen Platz in höchstens drei Kilometer Entfernung vom Wohnort erhält**. Die im Kindergartenbedarfsplan identifizierten Lücken müssen schnell geschlossen werden. Bauvorhaben von Kindergärten müssen in einem beschleunigten Verfahren umgesetzt werden.
- Freie Träger von Kindertageseinrichtungen, zum Beispiel Elterninitiativen, sollen nach Möglichkeit Vorrang vor städtischen Angeboten haben. Bürgerinnen und Bürger sollen so für ihr wichtiges Engagement Unterstützung finden. Um die finanzielle Not der freien Träger zu lindern, setzen wir uns dafür ein, solange, bis entsprechende zusätzliche Mittel auf Landesebene bereitgestellt werden, die Trägeranteile zu 100 % aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren.
- Das Angebot der **inklusiven Betreuung** muss weiter ausgebaut werden.

Viele Bonner Spielplätze sind uninspiriert und von geringer Aufenthaltsqualität. Ein einzelnes Wipptier auf einer Wiese macht diese Wiese noch nicht zum Spielplatz. Wir setzen uns für die gezielte Aufwertung von einzelnen größeren Spielplätzen ein. Zudem gibt es Ortsteile, die mit Spielplätzen unterversorgt sind. Hier sind geeignete Flächen für Spielplätze zu identifizieren und einzurichten.

Das Beherrschen der **deutschen Sprache** ist die Schlüsselqualifikation für das weitere Lernen und der Grundstein unseres Bildungskonzepts. Daher wollen wir die **Sprachförderung** der Kinder in den Betreuungseinrichtungen weiter verbessern. Gleichzeitig wollen wir auch

mehrsprachige/bilinguale Kindertageseinrichtungen fördern, diese sind ein wichtiger Baustein für die Attraktivität der internationalen Stadt Bonn.

4.3 Integration und Sprachförderung

Durch geeignete Förderung und Forderung wollen wir jedem eine aktive Teilnahme am demokratischen Leben ermöglichen. Vereinsamung und Armut müssen wir rechtzeitig einen Riegel verschieben und gegenseitige Unterstützung fördern.

Sprache und Bildung als Motoren der Integration. Die wichtigsten Schlüssel für gelungene Integration sind Sprache und Bildung. Ohne eine gemeinsame Sprache misslingt Kommunikation und das friedliche Zusammenleben kann gefährdet sein. Für Einwanderinnen und Einwanderer und besonders für Kinder und Jugendliche gilt: Wer die deutsche Sprache beherrscht, hat deutlich bessere Chancen im Beruf, aber auch bei der individuellen Entfaltung in unserer Gesellschaft. Daher unterstützen die Freien Demokraten alle Maßnahmen, die zum Erlernen der deutschen Sprache beitragen. Hier tragen insbesondere Kitas und Schulen große Verantwortung und müssen größtmögliche Unterstützung erfahren.

Wir setzen uns zudem für den Ausbau von **Integrationslotsen** ein, die beim Gang zu Behörden oder Elternsprechtagen helfen. Die Freien Demokraten wollen darüber hinaus, dass mit aufsuchender Sozialarbeit noch nicht integrierten Menschen Perspektiven zur Integration und damit neue Chancen aufgezeigt werden. Dabei handelt es sich um besonders niederschwellige und lebensweltnahe Angebote.

Wir wollen, dass sich Menschen mit Einwanderungsgeschichte aktiver in der **Politik** vor Ort engagieren. Wer dauerhaft hier lebt, sollte Interesse entwickeln, sein Lebensumfeld mitzugestalten. Dazu gehört, ihre oder seine Interessen und Sichtweisen in die politischen Entscheidungen einbringen zu können. Demokratie lebt von der Vielfalt der Ideen. Wir laden deshalb ausdrücklich gerade auch Bürgerinnen und Bürger mit Einwanderungsgeschichte ein, bei uns in der FDP mitzuwirken und aktiv kommunale Politik zu gestalten.

Integration gelingt vor Ort: Die ehrenamtlich engagierten Bonnerinnen und Bonner und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben bei der Unterbringung, Betreuung und Integration Großartiges geleistet. Dazu hat insbesondere das selbstlose Engagement vieler

ehrenamtlich tätiger Bürgerinnen und Bürger beigetragen. Ihnen zollen wir großen Respekt und danken ihnen.

Wir sprechen aber offen an, dass es zu einer **Überforderung von Kommunen**, sozialen Einrichtungen und vielen ehrenamtlich Tätigen kommen kann. Bund und Land müssen hier weiterhin Verantwortung übernehmen und die Kommunen unterstützen sowie mit den notwendigen Mitteln ausstatten, um die große Herausforderung zu bewältigen.

4.4 Kinderschutz und Kinderrechte

Familien können am besten selbst ihren Kindern die Sicherheit und Fürsorge geben, die sie brauchen. Kinder haben ein Recht darauf, geborgen und gesund aufzuwachsen. Der **Kinderschutz und Kinderrechte** in Bonn sind für uns von herausragender Bedeutung.

- Wir wollen die bisherige Familienarbeit zum Schutz der Kinder vor Gewalt weiter fördern, damit jedes Kind eine Chance auf ein selbstbestimmtes freies Leben erhält.
- Wir werden unser Kinderschutzkonzept weiterentwickeln und wollen Willkommensbesuche von Familienhebammen und ehrenamtliche Patenschaften fördern.

Familien, die Hilfe anfordern, sollen bei der Erziehung ihrer Kinder besser unterstützt und die Hilfen zur Erziehung verbessert werden. Dazu unterstützen wir die wichtige Arbeit der drei **Familienbildungsstätten** sowie weiterer Institutionen zur Familienbildung und Erziehungshilfe und erhöhen deren Förderung aus dem städtischen Haushalt.

4.5 OGS

Grundsätzlich bekennt sich die Bonner FDP, insbesondere vor diesem Hintergrund, zur Schulvielfalt und zum bedarfsgerechten Ausbau weiterer Grund- und Förderschulzentren an geeigneten Standorten im Bonner Stadtgebiet.

Die Bildung der jüngsten Bonnerinnen und Bonner ist uns ein besonderes Anliegen. Die Förderung von Kindern endet jedoch nicht mit dem Schuleintritt. Auch der Bedarf an Plätzen im **Offenen Ganztag an Grundschulen (OGS)** ist in den letzten Jahren sehr deutlich gestiegen. Die Offene Ganztagsschule OGS ist nicht nur ein Angebot zur Verbesserung von Familie und Beruf. Sie ist ein

wertvolles **Bildungsangebot am Nachmittag**, das für gerechte Bildungschancen für alle Kinder sorgt. Für Kinder stellt die OGS-Betreuung auch ein **wichtiges Freizeitangebot** dar. Sie leistet damit auch einen unverzichtbaren Beitrag zu Integration und Teilhabe. Gleichzeitig ist sie wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch wenn im Vergleich zum Landesdurchschnitt das OGS-Platzangebot in Bonn sehr hoch ist, wollen wir es in den nächsten Jahren kontinuierlich weiter ausbauen. Für jedes Kind, das einen OGS-Platz benötigt, soll einer zur Verfügung stehen.

- Wir wollen daher nicht nur die Anzahl der OGS-Plätze in Bonn stetig weiter erhöhen, sondern auch in die Qualität des Angebots investieren.
- Um mehr OGS-Plätze zu schaffen, werden wir bestehende **Schulen räumlich erweitern**. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit von Grundschule und OGS-Trägern. Bestehende Räume sollten bestmöglich gemeinsam genutzt werden.
- Auch und insbesondere in Hinblick auf die Ganztagsangebote fordern wir zudem die Verbesserung der Sauberkeit an Bonner Schulen sowie eine Beschleunigung des Neu- und Ausbaus von schulischer und digitaler Infrastruktur.
- Besonders am Herzen liegt uns die OGS-Betreuung an den Bonner **Förderschulen**. Diese leisten eine wichtige Arbeit bei der Förderung der Kinder und tragen in vielen Fällen zur Entlastung der Eltern sowie zur Entspannung des Familienlebens bei. Wir wollen die Förderschulen beim weiteren Ausbau der Zahl der OGS-Plätze bestmöglich unterstützen und die finanzielle Ausstattung der OGS-Betreuung auf das aus fachlicher Sicht notwendige Niveau anheben.

Die Schaffung von Ganztagsangeboten ist auch eine Aufgabe für die **weiterführenden Schulen**. Wir wollen mehr weiterführende Schulen dazu motivieren, Angebote am Nachmittag anzubieten.

4.6 Soziale Teilhabe

Wir wollen es Menschen stärker ermöglichen, ihren eigenen **Lebensunterhalt** zu verdienen und aus eigener Kraft für ihre Familien zu sorgen. Unser Ziel ist es, die soziale Landschaft besser zu steuern, damit die finanziellen Mittel den wirklich Bedürftigen zugutekommen. Wir möchten mehr Menschen helfen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, sie unterstützen und ihnen ihren Stolz wieder zurückzugeben.

Kinderarmut ist nicht allein finanzielle Armut, sondern vor allem auch Mangel an Chancen und Teilhabe. Statt bloß die finanziellen Leistungen für Kinder und Familien auszuweiten, halten wir es für wichtiger, jedem Kind die Lebenschancen zu eröffnen, die ihm zustehen. Die Freien Demokraten setzen sich deshalb für eine **zentrale Koordinierungsstelle** ein, damit Familien die bestehenden Hilfeleistungen bedarfsgerecht und unbürokratisch erhalten.

Unser Ziel ist **eine inklusive Gesellschaft**, in der jeder Mensch individuelle Förderung erfährt und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht wird. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger entsprechend ihrer oder seiner Möglichkeiten in Bonn leben und ihre oder seine Chancen nutzen kann. Dabei achten wir auch auf mentale Einschränkungen, die häufig, ohne bemerkt zu werden, das Leben der Betroffenen erheblich einschränken.

4.7 Stadtplanung

Ganz generell ist die Stadtplanung in Bonn oft zu kurzfristig orientiert. Das wollen wir ändern, denn viele Entwicklungen und Maßnahmen bedürfen eines langen Vorlaufs und eines langen Atems, sie müssen auch mit anderen Vorhaben abgestimmt sein. Langfristige Themen sind z.B. im Bereich Verkehr die Schaffung von Mobilitäts-Hubs, Vernetzungen von Verkehrssystemen, Rheinquerungen, Bahntrassen, Untertunnelungen etc. Hierzu bedarf es eines in der Region abgestimmten Masterplans.

Das Bonner **Stadtzentrum** ist die Visitenkarte Bonns und gleichzeitig Raum zum Leben und Einkaufen. Die Gestaltung der Innenstadt bestimmt wesentlich den Lebenswert unserer Stadt. Bonn muss unverwechselbar bleiben. Bonn ist außerdem eine Stadt mit hoher Kaufkraft. Daran muss sich die planerische und gestalterische Ausstattung der **Innenstadt** orientieren. Bonn besticht zudem durch seine vielfältigen **Stadtbezirkszentren**, die gleichberechtigt zur Bonner Innenstadt gefördert werden müssen.

Die **Öffnung der Innenstadt zum Rhein** hin wird von der FDP seit Jahren gefordert. Daher unterstützen wir diesen Prozess und die Innenstadt mit den umliegenden Stadtteilen stärker zu verknüpfen und die Universität besser in die Innenstadt einzubinden. Die Erneuerung und Belebung der Rheinpromenade und eine bessere Verbindung von Rhein und Stadtzentrum ist dafür essenziell. So wird die Bonner Uferseite deutlich attraktiver und zu einem freundlichen Entrée zur Innenstadt hin, welches eine hohe Aufenthaltsqualität bietet.

In den nächsten Jahren sind wichtige Entscheidungen über die Zukunft des **Stadthauses** zu treffen. Grundsätzlich favorisieren wir den **Abriss des Stadthauses**. Das Stadthaus liegt auf einem Filetgrundstück in der Innenstadt und ein Abriss böte die einmalige Chance, stadtplanerisch die Innenstadt mit der Nordstadt, auch als Altstadt bezeichnet, zu verbinden und gleichzeitig durch Vermietung oder Erbbaurecht Erträge zu erzielen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung mit ihren **Bürgerdiensten** an dieser zentralen Stelle weiterhin ihren Service anbietet, die Kommunalpolitik mit dem Ratssaal ihren Mittelpunkt in der Stadtgesellschaft findet und ansonsten aber das Grundstück belebt wird durch Wohnen, Hotellerie, Gastronomie oder kulturelle Nutzungen.

Für den Fall der **Kernsanierung des Stadthauses** fordern wir durch den Abriss des Sockelbaus das Umfeld neu zu gestalten und den ebenerdigen Zugang zum Gebäude sicherzustellen. Das Gebäude darf nicht länger als architektonischer Fremdkörper in der Innenstadt wahrgenommen werden. Moderne Architektur bietet dazu viele Optionen.

Unser Ziel ist, das Stadthaus und das ganze Areal zu einem lebendigen Treffpunkt auch in den späten Nachmittagsstunden und am Abend zu machen. Dies kann z.B. erreicht werden durch regelmäßige kulturelle Angebote (Theater, Kino), Vortragsreihen und Veranstaltungen von Bildungsträgern, aber auch durch sportliche Angebote in Gymnastik- oder ähnlichen Räumen und vor allem auch durch Gastronomie, wie etwa einem Roof-top-Restaurant.

Auf Mit-Initiative der FDP wurde jetzt auch für Bonn eine **Stadtentwicklungsgesellschaft** gegründet. Diese hat die Aufgabe, aus städtebaulicher Sicht bedeutsame Flächen innerhalb des Stadtgebiets strategisch und konzeptionell zu entwickeln. Leider haben Ratsmehrheit und Verwaltung bislang nicht den Willen gezeigt, dieser Gesellschaft auch wirklich zentrale Projekte aufzutragen und diese dafür entsprechend auszustatten. Dieses werden wir ändern. Eine Stadtentwicklungsgesellschaft muss ihrem Namen gerecht werden und die Stadt entwickeln. Wenn sie dies nicht tut, ist sie überflüssig.

Wir halten insbesondere die Fläche um das ehemalige **Landesbehördenhaus** an der B9 für ein Gebiet, dass für eine Projektierung durch die Stadtentwicklungsgesellschaft gut geeignet ist. An dieser Stelle ist für uns ein Mix aus Wohnraum, verbunden mit Kita und ggfs. einer Grundschule sowie Büroflächenentwicklung gut vorstellbar. Das Projekt ist mit einem Investitionsvolumen von über einer Milliarde Euro allerdings zu groß, um durch die Stadt gestemmt zu werden. Es muss nach einer strategischen Planung durch einen privaten Investor verwirklicht werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass **Gewerbeflächen** in Bonn, nicht nur für Büronutzungen entstehen, sondern auch **produzierendes Gewerbe und insbesondere Handwerksbetriebe** neue Flächen in der Stadt finden können. Dabei sind diese Flächen an den Anforderungen der Wirtschafts- und Handwerksbetriebe auszurichten.

Lebensqualität entsteht durch **smarte Stadtplanung**: In Bonn soll die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle stehen. Das bedeutet, dass öffentliche Plätze, Grünanlagen und Naherholungsräume in die Stadtplanung integriert werden. Der Ausbau von Grünflächen und Parks trägt nicht nur zur Erholung bei, sondern fördert auch das Stadtklima und die Umweltfreundlichkeit der Stadt. Smarte Stadtplanung bedeutet außerdem, dass Verkehrswege und Infrastrukturen effizient gestaltet werden, um Pendelzeiten zu verkürzen und den Autoverkehr zu entlasten.

In den Stadtbezirken Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg unterstützen bzw. fordern wir für eine geordnete stadtplanerische Entwicklung die Aufstellung von Masterplänen und Integrierten Stadt- und Entwicklungskonzeptionen.

4.8 Wohnen, Wohnraum durchmischen, Wohnungsmarkt bewegen

Bonn wird nur dann ein attraktiver Standort bleiben, wenn wir in Bonn oder Umgebung **Wohnraum** anbieten können. Wir setzen uns dafür ein, mehr Wohnungen zu bauen. Ausreichender Wohnraum ist eine Grundvoraussetzung für Bonn als Wirtschafts- und Arbeitsstandort und die Steuereinnahmen der Stadt. Nur wenn Bewegung im Wohnungsmarkt möglich wird, können Menschen passend zu ihrem Einkommen und ihrer Haushaltsgröße auch Wohnraum finden.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Bauen bezahlbar bleibt.
- Im Bonner Baulandmodell wollen wir den Anteil an gefördertem Wohnraum je Neubau auf 30% senken, damit die Bautätigkeit in Bonn wieder in Schwung kommt.
- Wir setzen auf Bebauungspläne, die nicht noch weitere Regeln auf das Landes- und Bundesrecht draufsatteln. Gestaltungs- und andere Satzungen, die auf kommunaler Ebene detaillierte und einschränkende über den gesetzlichen Mindestrahmen hinausgehende Vorgaben machen, sind zu überarbeiten oder abzuschaffen.

- Wir müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigen. Hierzu verwirklicht die Stadt mit Nachdruck den Einsatz digitaler Möglichkeiten in der Bauantragstellung und Genehmigungserteilung.
- Wir treten dafür ein, dass das gesamte Baugenehmigungsverfahren nach Registrierung in einem „Bauportal Bonn“ vollständig online abgewickelt werden kann.
- Außerdem wollen wir die Flächennutzung bei Neubauten unter Berücksichtigung der Infrastruktur optimieren und den Leerstand in Bonn minimieren.
- Regelungen, die den Besitzern unverhältnismäßig kleinteilige Vorschriften zum Erscheinungsbild ihrer Immobilie machen, wollen wir auf den Prüfstand stellen.
- Wir lehnen das komplizierte Hebesatz-Splitting der Grundsteuer ab, weil es mehr Bürokratie schafft und Wohnen unnötig verteuert

Bonn wächst. Doch Wachstum wird nur gelingen, wenn die Menschen auch in Bonn bezahlbar wohnen können. Bis 2040 rechnen wir mit einem Anstieg der Bevölkerung auf bis zu 365.000 Einwohner. Schon heute gibt es zu wenig Wohnungen in Bonn. Die Zahl der täglich in die Stadt pendelnden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer liegt bei 56%.

Das Ziel des **Agglomerationskonzepts** der Region Köln/Bonn, Wohnungen in Nähe zu Schienenstrecken anzusiedeln, wollen wir deshalb in enger Zusammenarbeit mit dem Rhein-Sieg-Kreis konsequent verfolgen.

Aufgrund fehlender Flächen werden innerhalb des Stadtgebiets nur Lösungen im Rahmen von **Nachverdichtung, Baulückenschließung und Konversion von Altbeständen** möglich sein.

In Bonn gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Wir setzen uns deshalb für den **sozialen Wohnungsbau** ein. Überbordende Bauvorschriften dürfen ihn nicht unfinanzierbar machen. Um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir die städtische Tochterfirma Vereinigte Bonner Wohnungsbau AG (VEBOWAG) mit dem nötigen Kapital ausgestattet und wollen in der Zukunft städtische Grundstücke an die VEBOWAG verkaufen.

Wir unterstützen die Bonner Initiative gegen Wohnungslosigkeit und wirken dem zunehmenden Problem der Obdachlosigkeit entgegen. „Housing first“ – also die Bereitstellung von Wohnraum für Obdachlose ohne Vorbedingungen ist dabei der beste verfügbare Ansatz. Bonn benötigt mehr Trägerwohnungen von sozialen Trägern ohne Gewinnabsicht und eine noch bessere Vernetzung aller beteiligten Stellen (z.B. Schuldnerberatung als Präventionsmaßnahme).

Wir werden neue Wohnkonzepte, wie **Wohngemeinschaften für Senioren oder Demenzkranke** fördern und unterstützen. Wir werden uns für die Schaffung von mehr Pflege- und Seniorenheimen einsetzen. In Anbetracht der immer älter werdenden Bevölkerung ist dies dringend geboten.

Insbesondere für die Baulückenschließung und Nachverdichtung setzen wir auf den privaten Wohnungsbau. **Eigeninitiativen** von Eigentümern wollen wir fördern und setzen uns für die Beschleunigung von **Baugenehmigungen** ein.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass es in Bonn möglich bleibt, ein **Eigenheim** zu bauen oder zu beziehen. Wer bauen will, sowohl zur Vermietung als auch zur Selbstnutzung, dem wollen wir helfen und nicht Steine in den Weg legen.

Wir setzen uns dafür ein, dass **städtische Grundstücke auch in Zukunft verkauft** werden können und nicht nur im Erbbaurecht vergeben werden. Nur strategisch wichtige Areale sollen im Eigentum der Stadt verbleiben. Um mehr Anreize für privaten Wohnungsbau zu setzen, wollen wir die geforderten Baustandards auf das gesetzlich mögliche Minimum reduzieren, damit die hohen Baukosten durch weitere Auflagen seitens der Stadt nicht noch zusätzlich verteuert werden.

Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Sorge um eine zu starke **Verdichtung** ernst. Mit modernen Methoden und digitaler Technik wollen wir sie besser in den Planungsprozess der Stadt einbeziehen.

Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass die **soziale Infrastruktur** – wie Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen und Freizeiteinrichtungen – bedarfsgerecht ausgebaut wird, damit Bonn auch in Zukunft ein attraktiver Ort zum Leben bleibt.

5 Bonn, die verantwortliche Stadt

Wir sind alle zuständig für den Erhalt unserer Umwelt und eine wirksame Klimapolitik.

5.1 Umweltschutz und Klimaschutz

Das Vorhaben, Bonn klimaneutral zu machen, ist ein ehrgeiziges Ziel, das die Stadt zu größten Anstrengungen motiviert. Auch eine Klimaneutralität im Jahr 2045 wird Bonn nur mit

erheblichen Anstrengungen erreichen können. Die Stadtverwaltung hat bereits einige Berechnungen vorgenommen, die zeigen, dass dies aus heutiger Sicht nur mit kaum zu bewältigenden Kraftanstrengungen gelingen kann.

So ergibt sich aus der von der Stadt vorgelegten kommunalen Wärmeplanung 2035, dass ca. 35 % der 61.500 Gebäude in Bonn, also rund 21.000 Gebäude, an das kommunale **Fernwärmenetz** angeschlossen werden müssten, was einer Quote von mehr als 2.000 pro Jahr entspricht. Für ein Zielszenario 2045 müssten es rund 1.000 Haushalte pro Jahr sein. In der Vergangenheit wurden pro Jahr allerdings nur ca. 20 (!) Fernwärmehausanschlüsse realisiert.

5.1.1 Grundsätze

Für die FDP ist beim Umwelt- und Klimaschutz die Anwendung der Kriterien Evidenz, Effektivität und Effizienz von besonderer Bedeutung. Der von der Stadtverwaltung vorgelegte und von der grün-roten Ratsmehrheit beschlossene sogenannte „Klimaplan“ enthält viele Aktivitäten, auch „Steckbriefe“ genannt, die teilweise erheblichen Ressourcenaufwand erfordern, ohne dass messbare CO₂-Einsparungen zu erwarten sind. Wir lehnen den sogenannten „Klimaplan“ daher ab und wollen die Arbeit der Verwaltung auf Vorhaben konzentrieren, die möglichst schnell möglichst große Treibhausgaseinsparungen bringen. Projekte werden daher in ihrer Dringlichkeit klassifiziert

- nach der Höhe der erzielbaren Treibhausgaseinsparung inklusiver der Berücksichtigung der Zeiten für den Vor- und Hochlauf,
- nach Maximierung der Treibhausgaseinsparung pro Euro sowie
- nach Schnelligkeit der Umsetzung.

Uns ist wichtig, dass nur Projekte mit physikalisch messbaren Treibhausgaseinsparungen angegangen werden, sodass anhand von Strategischem Controlling laufend gemessen werden kann, ob die Maßnahmen im Ziel-, Zeit- und Kostenrahmen liegen.

- Finanzielle Mittel werden, so weit wie möglich, investiv und nicht konsumtiv eingesetzt.
- Die Stadt ist Vorbild. Insofern sind die über 1.000 kommunalen Gebäude mit Hochdruck energetisch zu sanieren und mit Photovoltaik auszustatten. Dieses wird seit 2020 in sträflicher Weise vernachlässigt.
- Hochwasserschutz und Schutz vor Starkregenereignissen haben Priorität

- Baumpflanzungen erfolgen sozialverträglich in Abstimmung mit den betroffenen Anliegern. Der Entfall von Parkplätzen wird vermieden.
- Vermehrte Anlage von Blühflächen auf Grünstreifen und in Parks
- Umgehende Instandsetzung aller Springbrunnen
- Aufbau eines Netzes von Regenwasserzisternen zur Versorgung des städtischen Grüns und als Löschwasserreserve

Die ideologiefreie Umweltbildung in Kitas und Schulen mit Unterstützung des **Hauses der Natur** wird fortgesetzt.

5.1.2 Energieerzeugung

Der Ausbau einer klimaneutralen und wirtschaftlich tragfähigen Energieversorgung ist eine zentrale Herausforderung für Bonn. Dabei setzen wir auf einen technologieoffenen und differenzierten Ansatz, der die lokalen Gegebenheiten berücksichtigt und innovative Lösungen in den Blick nimmt.

Die Fernwärme spielt in dicht besiedelten Gebieten Bonns eine wichtige Rolle. Wir unterstützen den weiteren Ausbau der Fernwärme dort, wo dies unter wirtschaftlich vertretbarem Aufwand und unter Berücksichtigung des Stadtbildes realisierbar ist. Ein Anschlusszwang an die Fernwärme wird von uns allerdings abgelehnt. Zukünftig muss die Fernwärmeerzeugung konsequent dekarbonisiert werden. Hier sehen wir großes Potenzial in innovativen Ansätzen wie Großwärmepumpen mit Flusswärmetauschern, analog zum erfolgreichen Beispiel in Köln. Die Nutzung der Wärme des Rheins bietet ein enormes Potenzial für eine effiziente und klimafreundliche Wärmeversorgung großer Teile Bonns.

Die Potenziale der Photovoltaik (PV) wollen wir in Bonn ebenfalls konsequent nutzen. Wir halten an dem Ziel fest, konkrete Standorte für insgesamt 800 MWp PV auf Gebäuden zu ermitteln und aktiv auf die Eigentümer zuzugehen. Ebenso sollen konkrete Standorte für 200 MWp Freiflächen-PV identifiziert werden, vorzugsweise über Parkplätzen von Betrieben und großen Wohnsiedlungen sowie entlang von Straßen in Form von seriell gefertigten Carports mit integrierter Ladefunktion für Elektromobilität.

Über die genannten Technologien hinaus sind wir offen für innovative und kosteneffiziente Ansätze zur Wärmeerzeugung:

- Individuelle Wasser-Wasser-Wärmepumpen: In Gebieten mit geeigneter Grundwasser- oder Flussnähe stellen diese besonders effiziente dezentrale Lösungen dar, die wir aktiv fördern wollen. Herkömmliche Luft-Wasser-Wärmepumpen sind in der Regel weniger effizient und können allein keine flächendeckende Lösung darstellen.
- Sektorenkopplung und Abwärmenutzung: Wir wollen prüfen, inwieweit Abwärme aus Industrie, Gewerbe und Rechenzentren in das lokale Energienetz eingespeist werden kann, um den Primärenergiebedarf zu senken.
- Solarthermie: Die Nutzung solarer Wärmeenergie kann einen wichtigen Beitrag zur Warmwasserbereitung und Heizungsunterstützung leisten.
- Ermittlung der Optionen für (tiefe) Geothermie.
- Wir setzen auf eine gezielte Kombination dieser Lösungen, wobei in dicht bebauten Stadtteilen der Ausbau und die Dekarbonisierung der Fernwärme im Vordergrund stehen, während in locker bebauten Gebieten effiziente dezentrale Lösungen wie Wasser-Wasser-Wärmepumpen und Solarthermie eine größere Rolle spielen.
- Die Wirtschaftlichkeit und der Realismus unserer Energiepolitik sind uns entscheidend. Studien belegen z.B. die Kosteneffizienz von Wasser-Wasser-Wärmepumpen, während ein massiver, flächendeckender Ausbau der Fernwärme kurz- und mittelfristig weder realistisch noch in allen Gebieten kosteneffizient ist.
- Ein zentraler Baustein für eine erfolgreiche Energiewende ist die Reduktion des Wärmebedarfs durch energetische Gebäudesanierung. Dies ist der kosteneffizienteste Hebel. Wir setzen uns daher für Anreize zur Steigerung der Sanierungsquote ein.
- Wir setzen uns ein für Investitionen der Stadt in Windkraft, beispielsweise durch den Erwerb von Anteilen an Windkraftanlagen, vorzugsweise Offshore, weil sie dort am leistungsfähigsten sind.

Fazit: Für uns ist ein technologieoffener, wirtschaftlich vernünftiger und differenzierter Ansatz der Schlüssel zur klimaneutralen Energieversorgung Bonns. Dies beinhaltet die Dekarbonisierung der Fernwärme durch innovative Lösungen, die konsequente Nutzung der Photovoltaikpotenziale, die Förderung effizienter dezentraler Wärmelösungen wie Wasser-Wasser-Wärmepumpen und Solarthermie, die Prüfung der wirtschaftlichen Beteiligung an überregionalen Windkraftprojekten und vor allem die Priorisierung der energetischen Gebäudesanierung.

5.2 Finanzen

Die Finanzsituation der Kommunen ist in Deutschland ist überwiegend sehr angespannt. Das gilt auch und insbesondere für die Stadt Bonn. Hier sehen wir als Freie Demokraten allerdings auch eine Chance für Bonn, eine nachhaltige und zukunftsorientierte Finanzpolitik umzusetzen.

Zur Wahrheit gehört auch, dass die katastrophale Haushaltslage der Stadt Bonn zu einem nicht unwesentlichen Teil hausgemacht ist. Die bisherige Ratsmehrheit hat sich durch eine sorglose Mentalität in Haushaltsfragen ausgezeichnet und das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Die finanzpolitische Verantwortungslosigkeit zeigte sich vor allem durch den hemmungslosen Personalaufwuchs.

Damit nicht **nachfolgende Generationen** mit zu großen Schulden belastet werden, die ihnen eigene Gestaltungsmöglichkeiten nehmen, ist eine Haushaltskonsolidierung zwingend notwendig. **Kassenkredite** dürfen nicht zum dauerhaften und wachsenden Finanzierungsinstrument werden und müssen deutlich zurückgeführt werden. Eine solide Finanzpolitik ist für die Freien Demokraten unabdingbar. Unsere Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen gebietet es, vernünftig mit dem Geld umzugehen. Wir haben auch eine Verpflichtung gegenüber der jüngeren Generation, unsere Finanzen in Ordnung zu halten – **Generationengerechtigkeit** muss in unseren haushaltspolitischen Entscheidungen erkennbar sein.

Unser Ziel ist eine schlankere Verwaltung. Einem Stellenumbau voran geht nach unserer Forderung eine zielgenaue Aufgabenkritik. Erst nach erfolgter Aufgabenkritik können Prozesse neugestaltet und die Anzahl der notwendigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neu bewertet werden. Es darf keinen weiteren Personalaufbau geben, um damit politische Projekte voranzutreiben.

Die FDP hat die Forderung erhoben, **5% der Stellen während der Laufzeit des Doppelhaushaltes 2025/2026 einzusparen**. Das bedeutet etwa 300 Stellen innerhalb von zwei Jahren.

Für die Stadt Bonn muss wieder gelten: **Investition vor Konsum**. Investieren wollen wir vor allem da, wo sich Zukunftsperspektiven für Bonn sowie seine Bürgerinnen und Bürger eröffnen. Wir wollen deshalb investive Ausgaben steigern und konsumtive Ausgaben nach Möglichkeit senken.

Wir stehen für eine faire Grundsteuer ohne Mehrbelastung von Eigenheimen, Mietwohnungen und Gewerbe. Wir lehnen das komplizierte Hebesatzsplitting der Grundsteuer ab, weil es Bürokratie schafft und Wohnen und Wirtschaften unnötig verteuert.

Mehrere Unternehmen, die wichtige Zahler von Gewerbesteuern waren, haben in den letzten Jahren Bonn verlassen. Um die Attraktivität des Standorts zu erhöhen, ist eine **Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes** ein wichtiger Schritt hin zu einer vermehrten Ansiedlung von Unternehmen.

Die FDP will **Unternehmensbeteiligungen und Mitgliedschaften der Stadt Bonn kritisch hinterfragen**. Beteiligungen an Unternehmen sollen entweder strategisch gerechtfertigt sein, Einnahmen generieren oder einen angemessenen Deckungsbeitrag erwirtschaften. Sinnvoll sind Mitgliedschaften z.B. dann, wenn nach einer gemeinsamen Beantragung Fördermittel abgerufen werden können, die der Stadt Bonn sonst nicht zur Verfügung ständen.

Städtische Einrichtungen – Unternehmen wie Kernverwaltung – müssen solide wirtschaften, damit es nicht zu unangemessenen Steuer- und Gebührenerhöhungen für die Bürgerinnen und Bürger kommt.

Die FDP fordert, dass die **Zusammenarbeit zwischen der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis** zum beiderseitigen Nutzen endlich intensiviert wird und sich nicht auf einige wenige Vorzeigeprojekte beschränkt. Die Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten über die Stadtgrenzen hinweg ist hier nur ein Aspekt.

5.3 Sicherheit verstärken, Ordnung, Sauberkeit, Stadt pflegen

Unsere Stadt muss sauberer werden. Zur **Müllvermeidung** sollten mehr Mülleimer an hoch frequentierten Orten aufgestellt werden. Leerungen sollten dort, wo es regelmäßig zu Überfüllungen kommt, häufiger durchgeführt werden.

Smarte Mülleimer, die ihren Füllstand an die Abfallentsorgung melden, können ebenso Teil der Lösung sein wie Müll-Roboter, die Wiesen selbständig von Kleinmüll wie Kronkorken, Zigarettenresten oder Glasscherben befreien.

Zur Müllvermeidung im öffentlichen Raum wollen wir verstärkt auf Aufklärungskampagnen setzen. Dabei könnte ein besonderer Fokus auf die Belastung der Umwelt durch weggeworfene Zigaretten und Kaugummis gelegt werden.

Kontrollen an **stark vermüllten Orten** sollen erhöht und auf die Vermeidung von Müll in Landschaftsschutzgebieten besonders hingewiesen werden.

Wilde Müllablagerungen werden durch Strafen für Müllsünder bekämpft, bürgerfreundliche Öffnungszeiten der städtischen Sammelstellen auch am Wochenende sollen die freiwillige Anlieferung fördern ebenso wie die Abgabe fördernde Preise. In einem Feldversuch werden Papiercontainer, die immer wieder zu Müllkristallisationspunkte werden, eingezogen. Gleiches erfolgt für Kleidercontainer.

Das subjektive **Sicherheitsempfinden** der Bonner Bürgerinnen und Bürger war in den letzten Jahren empfindlich gestört. Wir Freien Demokraten wollen verhindern, dass es **Angsträume** in Bonn gibt. Durch die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist der bisherige Kriminalitätsschwerpunkt des sogenannten Bonner Lochs entfallen. Die dortige **Drogenszene** hat sich aber nur verlagert.

Konkret setzen wir zur Reduktion bestehender und zur Vermeidung neuer Angsträume auf die Stärkung der Präsenz des Ordnungsamts, die konsequente Verbesserung der Beleuchtung in potenziellen Gefahrenbereichen sowie den verantwortungsvollen und punktuellen Einsatz von Videoüberwachung in klar definierten Sonderfällen.

Bewährt haben sich Dienste des Ordnungsamts wie die **Rheinstreife** und auch die Partnerschaft von Polizei und Ordnungsamt in der **Wache GABI** (Gemeinsame Anlaufstelle Bonner Innenstadt). Sie wirken nicht nur präventiv, sondern erhöhen auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger.

Die bessere **Beleuchtung** von Straßen, Wegen, Unterführungen, Plätzen und Parks kann bestehende Gefahrenpunkte beseitigen. Auch in Zukunft wird die FDP hierzu weiterhin entsprechende Vorstöße in den Bezirksvertretungen der Stadtbezirke machen.

Eine **Videoüberwachung** wollen wir als liberale Partei nur in Sonderfällen, verantwortungsvoll und nach sorgfältiger Abwägung zulassen. Sie kommt nur in Frage, wenn dadurch die Sicherheit an den betreffenden Stellen absehbar erheblich verbessert wird und ein schnelles Eingreifen der Polizei sichergestellt ist. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir ab.

Wir wollen, dass ein Konzept entwickelt und umgesetzt wird, mehr öffentlich zugängliche und nutzbare WCs im öffentlichen Raum in Bonn anzubieten und diese auch gut kenntlich zu machen.

Es sind dabei sowohl von der Stadt als auch kommerziell angebotene Bedürfnisanstalten in Betracht zu ziehen.

5.4 Gesundheit

Die **medizinische Infrastruktur** in Bonn ist hervorragend. Zu einem funktionierenden Gesundheitsstandort gehören aber auch: Mehr Prävention und Gesundheitsförderung. Die Freien Demokraten wollen mehr Aufklärung und kostenlose Gesundheitsangebote in Bonn, denn wir sehen die Chancen in einer möglichst gesunden, eigenverantwortlich handelnden Stadtgesellschaft, besonders in Zeiten beschränkter finanzieller Mittel.

Die Freien Demokraten fordern eine **Gewaltschutzambulanz** in Bonn, die - angegliedert an die Rechtsmedizin - einen zentralen Anlaufpunkt für hilfesuchende Menschen bieten und das Know-how konzentrieren soll. Einen besonderen Vorsorgeschwerpunkt soll die rechtzeitige Erkennung und Behandlung von Beeinträchtigungen der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bilden.

Lärm und Luftreinheit begreifen wir als wichtige Parameter, die die Gesundheit wesentlich beeinflussen. Anwohner an besonders belasteten Durchgangsstraßen wollen wir schützen, Flüsterasphalt verwenden und lärmreduzierende Geschwindigkeiten prüfen. Güterverkehr und langschließende Schranken nehmen wir genauso in den Blick wie emissionsfreie Verkehre. Hier zeigt sich für die FDP in Bonn die starke Vernetzung vieler unserer Forderungen von Verkehr zu Wohnen zu ÖPNV-Ausbau, zu Erholung und einer lebenswerten Stadt.

Es geht um die Bonnerinnen und Bonner, es geht um Sie, und dafür fühlen wir uns zuständig. Wir bitten Sie bei der Kommunalwahl am 14. September 2025 um Ihre Stimme.